



**Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt**

Aktuelle Position des DSEE-Fachbeirats „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ (11/2025)

Ergänzung zum Positionspapier von 2023

Die politischen, gesellschaftlichen und demografischen Entwicklungen der letzten Jahre haben das Engagementfeld tiefgreifend verändert. Polarisierung, Desinformation, demokratiefeindliche Einstellungen, „shrinking civic spaces“ sowie soziale und ökonomische Unsicherheiten prägen die zivilgesellschaftliche Arbeit in einer zunehmend pluralen Gesellschaft. Der Fachbeirat legt daher eine aktualisierte Schwerpunktsetzung vor, die das Positionspapier von 2023 ergänzt.

1. Neue Herausforderungen und blinde Flecken

- Vereine als Orte gesellschaftlicher Bildung stärken – insbesondere im ländlichen Raum (Moderation, Konfliktfähigkeit, Diversität, digitale Kompetenzen).
- Junge migrantische Zivilgesellschaft sichtbar machen und aktiv einbinden.
- Intersektionale Perspektiven auf Ausschluss, Diskriminierung und Machtverhältnisse stärken.
- Perspektive auf Vielfalt der Zivilgesellschaft befördern, Engagement in der Migrationsgesellschaft unterstützen und schützen, sichere Räume schaffen und bewahren.
- Zivilgesellschaftliche Räume sichern – staatlichen, digitalen und sozialen Druckfaktoren entgegenwirken („shrinking civic spaces“).
- Machtverhältnisse beleuchten: Wer ist ausgeschlossen, wie funktioniert Ausschluss, wenn wir über gesellschaftlichen Zusammenhalt sprechen?



**Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt**

2. Zeitliche Priorisierung

Kurz- und mittelfristig:

- Schutz und Stärkung zivilgesellschaftlicher Räume.
- Bekämpfung von Demokratiefeindlichkeit, Hass, Polarisierung und Desinformation.
- Förderung hybrider und digitaler Engagementräume.
- Stärkung marginalisierter, migrantischer und queerer Selbstorganisationen.

Langfristig strategisch:

- Wertevermittlung und Demokratiebildung als Kern demokratischer Resilienz. Nachhaltige, planbare Organisationsstrukturen statt kurzfristiger Projektlogiken.
- Aufbau resilienter zivilgesellschaftlicher Infrastrukturen (finanziell, organisatorisch, digital).
- Erweiterter Nachhaltigkeitsbegriff (ökologisch, ökonomisch, sozial, organisatorisch).

3. Kooperationen und Allianzen

- Zivilgesellschaft auf allen föderalen Ebenen als Partnerin auf Augenhöhe einbinden.
- Junge und marginalisierte Gruppen aktiv beteiligen – nicht über, sondern mit ihnen.
- Intermediäre Strukturen stärken: Freiwilligenagenturen, Kreisjugendringe, migrantische Selbstorganisationen.
- Brücken zwischen etablierten Verbänden und selbstorganisierten Gruppen fördern, um Teilhabehürden abzubauen.



**Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt**

4. Schlussfolgerung: Strategische Leitlinien für die DSEE

- Priorität auf Resilienz, Schutz und Prävention (inkl. Desinformationskompetenz und Sicherheit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen).
- Nachhaltige Förderung statt „Projektitis“ – Schwerpunkt auf Organisationsentwicklung, Professionalisierung und Grundstrukturen.
- Förderung von Innovations- und Erprobungsräumen für neue Engagementformen.
- Nachhaltigkeit als multidimensionaler Leitbegriff für Engagementförderung.

Fazit

Engagementpolitik ist Demokratiep Politik.

Die DSEE trägt eine Schlüsselrolle, um Zivilgesellschaft in einer diversen, pluralen Gesellschaft nachhaltig zu stärken.

Zentral sind in diesem Zusammenhang die folgenden Aspekte:

- Schutz, Prävention und Widerstandsfähigkeit gegenüber Desinformation
- Nachhaltige Stärkung und Stabilisierung von Organisationen und Institutionen
 - DSEE sollten den Schwerpunkt auf nachhaltige Förderung legen: Einsatz für die langfristige und nachhaltige Förderung zugunsten der Stärkung von Zivilgesellschaft und des gesellschaftlichen Zusammenhalts.
 - Besondere Relevanz hat die Förderung von Organisationsentwicklungsmaßnahmen, in die die DSEE investieren sollte.

Der Fachbeirat empfiehlt die Auseinandersetzung mit einer weiteren Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit mit Blick auf ökologische sowie ökonomische Komponenten.



Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt



Positionspapier des Fachbeirats „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ der DSEE

Der Fachbeirat „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ legt zur Wahrnehmung seiner Rolle als beratendes Gremium des Stiftungsrates, der Stiftung und des Vorstands mit diesem Dokument seine grundsätzliche Position zum Thema „Gesellschaftlicher Zusammenhalt“ dar. Das Positionspapier versteht sich dabei ausdrücklich als Diskussionsgrundlage.

Gesellschaftlicher Zusammenhalt zeichnet sich durch tragfähige soziale Beziehungen, eine positive emotionale Bindung der Mitglieder an das Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung aus. Wesentlich für den „Zusammenhalt“ ist, dass die Fliehkräfte an den „Rändern der Gesellschaft“ einschließlich der finanziellen Teilhabe nicht (weiter) auseinanderdriften. Zusammenhalt kann somit als Maß für die Verbundenheit verschiedener Gruppen in der Gesellschaft und das Zugehörigkeitsgefühl zur Gesellschaft definiert werden. Offene Gesellschaften zeichnen sich dabei zunehmend durch Vielfalt und Kontroversität aus. Eine offene Gesellschaft setzt individuelle Freiheit, aber auch individuelle Verantwortung für die Folgen des eigenen Handelns und damit die Vernunft des Einzelnen voraus. Die Entfaltung und Freiheit des Einzelnen sollen nur dort eingeschränkt werden, wo sie zum Schaden Dritter missbraucht wird.

In einer sich zunehmend pluralisierenden Gesellschaft wird die Qualität des Zusammenhalts nicht durch gesellschaftliche Homogenität, sondern durch die Anerkennung von Differenz und Pluralismus bestimmt. Gleichzeitig sind der Fortbestand und die Weiterentwicklung einer pluralen Gesellschaft ohne zivilgesellschaftliches Engagement nicht denkbar. Dieses Engagement findet jedoch in einem Kontext statt, der durch verschiedene Wandlungs- und Krisenfaktoren geprägt ist: Sowohl gesellschaftliche Veränderungen und Entwicklungen als auch globale Herausforderungen und Krisen stellen etablierte Formen des Engagements vor große Herausforderungen und machen ein Umdenken im Bereich des freiwilligen Engagements erforderlich. Als Gestaltungsraum für das gesellschaftliche Miteinander sollten zeitgemäße Teilhabe- und Partizipationsmöglichkeiten für alle Menschen, sowohl analog als auch digital, geschaffen werden. Eine Neubewertung der Förderung und Forschung von Engagement muss auch bestehende Ungleichheiten sowie die Veränderungen, die sich aus dem strukturellen Wandel der Gesellschaft ergeben, berücksichtigen.



**Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt**

Der Fachbeirat stellt insbesondere folgende Ungleichheiten fest, die das ehrenamtliche/freiwillige/bürgerschaftliche Engagement gegenwärtig prägen:

Geringverdienende, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit niedriger formaler Bildung sowie Menschen mit Migration- oder Fluchtbezug sind seltener aktiv bzw. ihr Engagement findet häufig außerhalb der bestehenden anerkannten Engagementstrukturen statt. Darüber hinaus gibt es ein Gefälle zwischen Stadt und Land sowie zwischen Ost und West. Hinzu kommt, dass Frauen, insbesondere alleinerziehende Mütter, strukturell benachteiligt sind, u.a. durch eine erhöhte Sorgearbeit in der Familie, und weniger zeitliche Ressourcen haben, um sich freiwillig zu engagieren (Deutscher Freiwilligensurvey 2019). Auch für die klassischen ehrenamtlichen Organisationsstrukturen wie Vereine und Verbände, politische Parteien und Gewerkschaften stellen die veränderten Engagementformen und -perspektiven junger Menschen eine große Herausforderung dar. Wie zahlreiche Studien zeigen, engagieren sich junge Menschen nicht nur zunehmend im digitalen Raum, sondern formale Mitgliedschaften sowie zeitliche und monetäre Verpflichtungen wirken als Partizipationshürden, die durch die Organisation in weniger formalisierten Bewegungen und Initiativen umgangen werden.¹ Neben Inklusion und Gleichberechtigung müssen daher auch neue und digitale Engagementformen einen zentralen Stellenwert bei der Weiterentwicklung des freiwilligen Engagements einnehmen.

Vor dem Hintergrund dieser Herausforderungen und Veränderungen sind aus unserer Sicht folgende Aspekte bei der strategischen Neuausrichtung und Weiterentwicklung der Engagementförderung und Demokratiestärkung zu berücksichtigen:

Kein „one serves all“



1) Die Lebensbedingungen unserer Gesellschaft differenzieren sich zunehmend (Stadt/Peripherie/Land/strukturschwache vs. strukturstarke Räume/Räume mit und ohne verstärkte Migration etc.). Daher ist es notwendig, differenzierte Ansätze zur Förderung des Engagements zu entwickeln. Ein „one serves all“-Ansatz wird nicht funktionieren.

¹ Vgl. Wienkoop 2021: Wer dazu gehört und gehört wird, In: APuZ, <https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/apuz/jugend-und-protest-2021/340345/wer-dazu-gehört-und-gehört-wird/#footnote-target-4>

Extrem einsam? Eine Studie zur demokratischen Relevanz von Einsamkeitserfahrungen unter Jugendlichen in Deutschland (<https://www.progressives-zentrum.org/publication/extrem-einsam/>) - DIE GESUNDHEITLICHEN, PSYCHOLOGISCHEN UND GESELLSCHAFTLICHEN FOLGEN VON EINSAMKEIT (https://kompetenznetz-einsamkeit.de/wp-content/uploads/2022/07/KNE_Expertise10_220629.pdf)



Engagement außerhalb der anerkannten Strukturen

2) Die Zahlen zeigen, dass sich Teile der Bevölkerung, z.B. Menschen mit geringem Einkommen, Menschen mit Behinderungen, Menschen mit niedriger formaler Bildung, Menschen mit Migrationshintergrund, aber auch junge Menschen weniger in den bestehenden anerkannten Engagementstrukturen engagieren. Deshalb ist es im Sinne des gesellschaftlichen Zusammenhalts ebenso wichtig, das Engagement dieser Personengruppe außerhalb der bestehenden Strukturen wertzuschätzen und zugleich Verbindungen zu den vorhandenen Strukturen zu schaffen. So kann dieses Engagement nicht nur wahrgenommen, sondern auch gemeinsam erlebt werden. Auf diese Weise kann auch der Zusammenhalt von Menschen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Erfahrungen gestärkt werden. Den Selbstorganisationen dieser Bevölkerungsgruppen kommt in diesem Zusammenhang eine wichtige Brückenfunktion zu.



Räume ermöglichen

3) Um das Engagement zu fördern, müssen Räume und Ressourcen bereitgestellt werden, um neue und insbesondere hybride Formen des Engagements auszuprobieren. Jedoch sind die Ressourcen vieler zivilgesellschaftlicher Organisationen knapp, so dass oft nur das Verwalten und Reagieren auf den aktuellen Zustand, nicht aber das spielerische Erproben neuer Formen möglich ist. Hier sollte gezielt für kleinere Organisationen ein Raum für Experimente, Ideen und Zukunftsentwürfe geschaffen werden, indem sie gefördert werden - ein zivilgesellschaftliches Labor, in dem neue Wege des Engagements erdacht und erprobt werden können. Die Förderung sollte es ihnen ermöglichen, neue Methoden und Modelle zu entwickeln und durchzuführen.



Orte der Moderation und Vermittlung

4) Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie schnell sich unsere Welt verändern kann. Da zivilgesellschaftliche Organisationen in Zukunft noch stärker als bisher als Orte der Moderation und Vermittlung gesellschaftlicher Konflikte gebraucht werden, sollte der Ausbildung von Moderation, Diskursräumen, Vernetzung und Mediation innerhalb der Zivilgesellschaft zukünftig mehr Aufmerksamkeit geschenkt und diese auch in Form von Fort- und Weiterbildung unterstützt werden. ²

² Vgl. Benning et al. (2022): Zivilgesellschaftliches Engagement im Jahr 2031; https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/zivilgesellschaftliches_engagement_im_jahr_2031.pdf



**Deutsche Stiftung
für Engagement
und Ehrenamt**

Netzwerkbildung



5) Die Anpassungsfähigkeit, Problemlösungskompetenz und positive Entwicklung der Gesellschaft hängen stark davon ab, ob es uns gelingt, die Zivilgesellschaft angemessen in politische Prozesse und Entscheidungen einzubeziehen und Netzwerke zwischen kommunalen, zivilgesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren zu schaffen. Diese sollten in der Lage sein, individuelle Problemlösungen vor Ort zu entwickeln und umzusetzen. Die Beteiligung der Zivilgesellschaft an der Politik und die Bildung von Netzwerken sollten künftig verstärkt gefördert und unterstützt werden.

Neustrelitz, 13.12.2023